

Pflicht für politisches Handeln: CO₂-Emissionen jetzt wirksam senken

Die höchsten Gerichte sind sich einig: Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 den deutschen Gesetzgeber verpflichtet, die CO₂-Emissionen vor 2030 massiv zu senken. Ein Verschieben von hohen Minderungsraten ins nächste Jahrzehnt ist ein Verstoß gegen Art. 20a GG. Und im April 2024 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass eine unzureichende staatliche Klimapolitik gegen das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit verstößt. Damit ist klar: Klimapolitik muss in der Praxis zu niedrigeren CO₂-Emissionen führen und schnell wirksam sein.

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht 2023 dem deutschen Gesetzgeber die Gestaltungsfreiheit bei der Etat-Aufstellung massiv einschränkte und die für den Klimaschutz vorgesehenen Finanzierungen dadurch kippten, besteht die Verpflichtung zu einem wirksamen Klimaschutz unverändert weiter. Die logische Folge: Es müssen mehr CO₂-Emissionen mit weniger staatlichen Ausgaben verhindert werden.

Die politischen Ansätze für Klimaschutz im Verkehrssektor sind gescheitert

Gerade beim Straßengüterverkehr fehlen in Deutschland schnell wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz. Die wünschenswerte Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist aufgrund maroder Infrastruktur in diesem Jahrzehnt nicht realistisch als wirksame Klimaschutzmaßnahme. Und auch die Elektrifizierung des Straßengüterverkehrs wird an der nicht vorhandenen (Lade-)Infrastruktur scheitern. Neben fehlenden Planungs- und Genehmigungskapazitäten scheitern beide Ansätze am fehlenden Geld. Bei Elektro-Lkw gilt das sowohl für die Fahrzeugbeschaffung als auch für die Investitionen in die notwendige Ladeinfrastruktur – beides müsste aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit massiv staatlich gefördert werden.

Klimaschutz: sofort wirksam – kosteneffizient – markterprobt

Die regenerativen Kraftstoffe Bio-CNG und Bio-LNG sind der einzige Weg ohne hohe staatliche Fördermittel sofort die CO₂-Emissionen im Schwerlastverkehr um bis zu 100 Prozent zu senken. Die Tankstellen-Infrastruktur ist vorhanden, Gas-Lkw sind praxiserprobt und markterfügbar, nachhaltig produziertes Biomethan aus Abfall und Reststoffen steht in ausreichenden Mengen zur Verfügung.

Politische Hebel für wirksamen Klimaschutz beim Straßengüterverkehr

1. Regulatorische und steuerpolitische Behinderung von regenerativem Bio-CNG und Bio-LNG beenden – Gas-Lkw als klimapolitische Sofortmaßnahme positionieren.
2. TCO verbessern: Energiesteuer entsprechend der CO₂-Minderung bei Bio-CNG/Bio-LNG auf Mindestsätze senken – Refinanzierung durch leichte Steueranhebung bei Diesel. AGVO Straßengüterverkehr/Landwirtschaft: Energiesteuer-Rückerstattung bei Bio-CNG
3. Einstieg in wirksamen Klimaschutz bei der Flotten-Regulierung: Über Carbon Correction Factor und RE(generative)-Fuel-Only Fahrzeuge von Tank-to-Wheel zu Well-to-Wheel.

Grundsätzlich gilt: Die Energiesteuer und Bepreisung der CO₂-Emissionen sollte entsprechend der Klimawirksamkeit eines Energieträgers inklusive Berücksichtigung regenerativer Quellen erfolgen.